

06.06.16**Empfehlungen
der Ausschüsse**

EU - AIS - FJ - Fz - G - K - Wi

zu **Punkt ...** der 946. Sitzung des Bundesrates am 17. Juni 2016

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte

COM(2016) 127 final

A

Der federführende Ausschuss für Fragen der Europäischen Union (EU),

der Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik (AIS),

der Ausschuss für Kulturfragen (K) und

der Wirtschaftsausschuss (Wi)

empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG wie folgt Stellung zu nehmen:

EU
(bei
Annahme
entfällt
Ziffer 2)

1. Der Bundesrat unterstützt das Ziel der Kommission, gemäß dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft, die soziale Dimension der EU zu stärken. Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft wird im EU-Vertrag explizit genannt. Sozialer Fortschritt auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums ist Bestandteil der nachhaltigen Entwicklung Europas. Der Bundesrat setzt sich darüber hinaus für die Gleichrangigkeit der sozialen Rechte mit den wirtschaftlichen Grundfreiheiten ein und begrüßt daher die mit der Europäischen Säule sozialer Rechte angestrebte soziale Aufwärtskonvergenz.

- AIS
Wi
[AIS]
(entfällt
bei
Annahme
von
Ziffer 1)
2. Der Bundesrat unterstützt das Ziel der Kommission, gemäß dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft, die soziale Dimension der EU sichtbarer zu machen. Das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft wird im EU-Vertrag explizit genannt. [Er begrüßt darüber hinaus die mit der Europäischen Säule sozialer Rechte angestrebte soziale Aufwärtskonvergenz.]
- AIS
3. Der Bundesrat weist darauf hin, dass durch die soziale Querschnittsklausel in Artikel 9 AEUV bereits alle wesentlichen Elemente für eine stärkere soziale Konvergenz im Grunde angelegt sind. Er fordert die Kommission auf, in Umsetzung dieser Querschnittsklausel horizontale soziale Folgenabschätzungen auf der Basis der sozialpolitischen Zielstellungen der Verträge vorzunehmen.
- EU
4. Die soziale Querschnittsklausel in Artikel 9 AEUV sollte jedoch in einem längerfristigen Lösungsansatz zu einer sozialen Fortschrittsklausel weiterentwickelt werden, die eine Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und sozialen (Grund-)Rechten herstellt.
- AIS
5. Auf der Grundlage der vorgelegten Mitteilung ist nicht ersichtlich, wie die in der Europäischen Säule sozialer Rechte dargelegten Prinzipien implementiert werden sollen, um soziale Reformen in den Mitgliedstaaten anzustoßen. Der Bundesrat schlägt vor, die Europäische Säule sozialer Rechte in einem ersten Schritt mit den Armutsbekämpfungs- und Beschäftigungszielen der Strategie Europa 2020 zu verknüpfen und so die soziale Dimension des Europäischen Semesters zu stärken.
- EU
6. Soweit sich die wirtschaftspolitische Steuerung sowie die makroökonomische Überwachung der Strategie "Europa 2020" mit den länderspezifischen Empfehlungen auf den Sozialbereich beziehen, sollen im Rahmen des wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierungsprozesses sozialpolitische Aspekte verstärkt Berücksichtigung finden. Dabei ist gleichzeitig darauf zu achten, dass die Autonomie der Sozialpartner uneingeschränkt respektiert bleibt.

- AIS
Wi 7. Der Bundesrat fordert darüber hinaus die Kommission auf, die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen, strukturelle Wettbewerbsschwächen abzubauen, weiterhin zu unterstützen, um wieder mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen zu können.
- AIS
Wi 8. Die EU verfügt bereits heute über eine soziale Dimension. Diese umfasst unter anderem den sozialen Dialog, die Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung, die Förderung sozialer Gerechtigkeit und eines angemessenen sozialen Schutzes, die Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitsbedingungen sowie die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen.
- EU
AIS 9. Angesichts einer immer enger vernetzten Wirtschafts- und Währungsunion ist es aus Sicht des Bundesrates angezeigt, den Fokus bei der Gesetzgebung nicht nur auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu legen, sondern [- unter Wahrung der geltenden Zuständigkeitsverteilung, insbesondere unter Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes -] die soziale Situation in den Mitgliedstaaten in gleichem Maße zu berücksichtigen. {Er verweist hierzu auf seine Stellungnahme (BR-Drucksache 510/15 (Beschluss)), wonach die Kommission wichtige sozialpolitische Punkte gesetzgeberisch in den Blick nehmen solle.}
10. [AIS]
11. {EU}
- EU 12. Der Bundesrat weist auf die unterschiedlichen Sozialmodelle in der EU und die differenziert ausgestalteten Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten im sozialpolitischen Bereich hin. Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Vereinheitlichung von Sozialstandards auf EU-Ebene nicht zielführend.
- Wi 13. Im Zuge der Einführung einer Säule sozialer Rechte sollten grundsätzlich keine neuen rechtsverbindlichen sozialen Mindeststandards auf EU-Ebene eingeführt beziehungsweise eine Angleichung sozialer Rechte in Europa verbindlich vorgegeben werden. Der bestehende EU-Acquis im Bereich der Sozialpolitik ist ausreichend.

- EU 14. Vielmehr geht es darum, bei der Gestaltung der Politiken der EU verstärkt sozialpolitische Zielsetzungen zu berücksichtigen und sozialpolitische Ziele und (Mindest-)Standards zu formulieren, die von der EU und den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen verfolgt werden. Darüber hinaus sollte darauf hingewirkt werden, dass bereits geltende Standards weiter umgesetzt werden. Ebenso gilt es, dass bei einem Ausbau der sozialen Dimension die bestehende Kompetenzordnung, die mitgliedstaatlichen Zuständigkeiten sowie die nationalen Bedürfnisse, Leistungsfähigkeiten und Traditionen respektiert werden müssen.
- Wi 15. Der Bundesrat stellt fest, dass der Vollendung des Binnenmarktes selbst eine soziale Dimension innewohnt. Offene Märkte für Waren und Dienstleistungen sind die besten Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung. Die Sicherstellung von globaler Wettbewerbsfähigkeit ist die zentrale Voraussetzung für eine starke und nachhaltige soziale Dimension der EU. Mehr Beschäftigung und höhere Wettbewerbsfähigkeit werden dann ermöglicht, wenn Einstiegsbarrieren in Beschäftigung niedrig sind und ausreichend Anpassungsflexibilität auch bei sozialpolitischen Regelungen gewährleistet ist. Der Bundesrat fordert die Kommission auf, diese Aspekte auch im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte stärker zu berücksichtigen.
- Wi 16. Der Bundesrat weist darauf hin, dass gerade beschlossene Strukturreformen in den Mitgliedstaaten mit hoher (Jugend-)Arbeitslosigkeit eine tatsächliche Verbesserung der sozialen Situation in Europa bewirken.
- EU 17. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass eine Stärkung der sozialen Dimension in der EU nur dann erreicht werden kann, wenn es den Mitgliedstaaten mit hoher Arbeitslosigkeit gelingt, durch wirksame Strukturreformen und sinnvolle Investitionen in Zukunftsaufgaben, nicht nur ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückzuerlangen, sondern auch sicherzustellen, dass für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer faire Arbeits- und Entlohnungsbedingungen herrschen. Dabei dürfen sich Reformen nicht einseitig zu Lasten der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft auswirken und so die soziale Spaltung verstärken. Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Akzeptanz

der Bürgerinnen und Bürger müssen die Reformen sozialverträglich sein. Gleichzeitig darf die Aufmerksamkeit nicht nur darauf gerichtet werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch darauf, die Risiken von Erwerbsarmut zu reduzieren.

- EU 18. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit setzt sich der Bundesrat für die Stärkung von Mobilität und Durchlässigkeit in einem gemeinsamen europäischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ein. Zur Bewältigung der Herausforderung, die die Jugendarbeitslosigkeit darstellt, soll die weitere Umsetzung der Europäischen Ausbildungsallianz und der Jugendgarantie ebenso beitragen wie ein am tatsächlichen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt orientiertes, praxisbezogenes Ausbildungsmodell in den betroffenen Staaten. Hier sollten auch die positiven Erfahrungen mit dem deutschen System der dualen Berufsausbildung einbezogen werden. So verzeichnet Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Mitgliedstaaten.
- AIS
Wi
[Wi]
{AIS} 19. Der Bundesrat betont, dass die primäre Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und die strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips gerade in der Sozial- und Gesundheitspolitik als bedeutende Bereiche der nationalen Souveränität [Zurückhaltung hinsichtlich neuer Legislativakten auf EU-Ebene gebieten] und {nur neue Legislativakte gestatten, die diesem Grundsatz Rechnung tragen}.
- Wi 20. Unter Bezugnahme auf seine Stellungnahme vom 3. Mai 2013 (BR-Drucksache 141/13 (Beschluss)) lehnt der Bundesrat weiterhin Überlegungen in Richtung einer EU-Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage der geltenden Verträge ab.
- Wi 21. Der Bundesrat begrüßt bei dieser Gelegenheit die Initiative der Kommission für eine bessere Rechtsetzung auf europäischer Ebene (REFIT-Mitteilung). Gerade bei den äußerst komplexen Regelungen im Sozialbereich sieht der Bundesrat großen Bedarf an Vereinfachungen. Er fordert die Kommission auf, die unter der Initiative einer besseren Rechtsetzung verfolgten Ansätze konsequent auf die künftige Errichtung einer "Europäischen Säule sozialer Rechte" anzuwenden.

- AIS 22. Der Bundesrat fordert die Kommission auf, die Chancen und Risiken der fortschreitenden Technisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt zu berücksichtigen, um trotz der Veränderungen ein hohes arbeits- und sozialrechtliches Schutzniveau für alle Beschäftigten sicherzustellen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass eine stärkere soziale Konvergenz nur dann erreicht werden kann, wenn in allen Mitgliedstaaten sichergestellt ist, dass für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer faire Arbeits- und Entlohnungsbedingungen herrschen.
- Wi 23. Der Bundesrat weist darauf hin, dass keine weiteren europäischen Rechtsakte im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erforderlich sind, um eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Flexibilität für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu gewährleisten. Er betont deshalb nachdrücklich, dass gegenüber neuen Legislativakten auf EU-Ebene zu weiteren verbindlichen Standards Zurückhaltung geboten ist.
- AIS 24. Der Bundesrat begrüßt [grundsätzlich] eine größere {wirtschaftliche und}
Wi soziale Konvergenz insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Stabilität in der
25. [Wi] Eurozone{, der Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit des euro-
{Wi} päischen Wirtschaftsraums} und der Vermeidung von Armut.
- AIS 26. Die Sozialpartner müssen in diesem Prozess eine zentrale Rolle einnehmen.
- AIS 27. Der Bundesrat fordert die Kommission auf, einen Austausch der Mit-
Wi gliedstaaten hinsichtlich bewährter Verfahren, zum Beispiel des erfolgreichen
[Wi] deutschen Systems der dualen Ausbildung, im Sinne eines Voneinander-
Lernens zu unterstützen. [Zudem sollten vorrangig bereits vorhandene Ko-
ordinierungsinstrumente wie das Europäische Semester genutzt werden.]

- AIS 28. Der Bundesrat weist darauf hin, dass die Verwirklichung der sozialen Dimension innerhalb aller 28 Mitgliedstaaten der EU auch von einem effektiven Abruf zur Verfügung stehender Fördermittel - insbesondere des Europäischen Sozialfonds - abhängt (siehe bereits die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. November 2013, BR-Drucksache 721/13 (Beschluss)). Er ruft die Kommission auf, den Aufbau der für einen besseren Mittelabruf erforderlichen Strukturen in den Mitgliedstaaten mit besonderen sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen stärker und nachhaltig zu begleiten sowie die administrativen Abläufe zu verschlanken beziehungsweise zu vereinfachen.
- EU (bei Annahme entfällt Ziffer 30) 29. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass es auch in wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten nach wie vor Regionen mit sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen und in wirtschaftlich stärkeren Regionen soziale und wirtschaftliche Problemlagen - unter anderem auch kommunale - gibt, die einer besonderen Förderung aus Strukturfondsmitteln bedürfen.
- AIS 30. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass es auch in wirtschaftlich stärkeren Regionen nach wie vor soziale und wirtschaftliche Problemlagen - unter anderem auch kommunale - gibt, die einer besonderen Förderung aus Strukturfondsmitteln bedürfen.
- AIS 31. Artikel 153 AEUV legt fest, dass die EU durch Richtlinien Mindestvorschriften erlässt und die Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen und des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags unterstützt und ergänzt.
- AIS Wi 32. Der Bundesrat lehnt [im Hinblick auf die vertraglich verankerten Kompetenzen der EU insbesondere rechtliche bindende] Vorgaben, Kündigungen mit einer verbindlichen Abfindung zu versehen sowie inhaltliche Bedingungen für die Probezeit festzulegen, ab.
33. [AIS]

- K 34. Die europäische Säule sozialer Rechte umfasst nach einem ersten Entwurf der Kommission auch Bereiche wie den Bildungsbereich, in denen der EU nur eine unterstützende und ergänzende Rolle zukommt und für welche primär die Mitgliedstaaten zuständig sind. Ungeachtet dessen soll die Säule zu einem Bezugsrahmen für das Leistungsscreening der Teilnahmestaaten werden und nationale Reformen vorantreiben. Vor dem Hintergrund der in Artikel 165 und 166 AEUV sehr eng gesteckten Kompetenzgrenzen lehnt der Bundesrat ein derartiges Leistungsscreening als formalisierte Überwachung und Bewertung bei Bildungsthemen entschieden ab. Im Bildungsbereich darf die EU lediglich die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fördern und deren Tätigkeit unter strikter Beachtung der mitgliedstaatlichen Verantwortung für die Lehrinhalte und der Freiwilligkeit der europäischen Bildungs Kooperation unterstützen.
- K 35. Der Bundesrat sieht mit großer Sorge, dass Bildungsthemen auf EU-Ebene von anderen Bereichen, insbesondere dem Bereich Beschäftigung und Soziales, zunehmend vereinnahmt werden. Institutionell hat dies bereits in der Umstrukturierung der Generaldirektionen der Kommission und der Zuordnung der beruflichen Bildung und Erwachsenenbildung sowie des Bereichs der "Fertigkeiten" zur Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration Niederschlag gefunden. Der Bundesrat betont erneut, dass die Bildungs Kooperation auf europäischer Ebene einen ausschließlich freiwilligen Prozess darstellt und sich der Bildungsbereich hierin elementar von dem stärker vergemeinschafteten Beschäftigungsbereich unterscheidet. Der Bildungsbereich darf nicht faktisch mit anderen Politikbereichen gleichgestellt werden. Darüber hinaus fordert der Bundesrat, dass Bildungsdossiers auch bei zukünftigen Initiativen der Kommission, wie der sogenannten "Agenda für neue Kompetenzen", weiterhin federführend von den hierfür zuständigen Bildungsgremien behandelt werden.
- K 36. Der Bundesrat stellt fest, dass der Entwurf der sozialen Säule sowie das die Mitteilung begleitende Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen eine Vielzahl von Bildungsthemen, wie Fertigkeiten und lebenslanges Lernen, Zugang zu qualitätsvoller allgemeiner und beruflicher Bildung, Fortbildung und Weiterqualifizierung, Anerkennung von Fertigkeiten und Qualifikationen

sowie Bildungsausgaben, ansprechen. Der Bundesrat verleiht seiner Sorge Ausdruck, dass originäre Bildungsangelegenheiten immer mehr von anderen Politikbereichen vereinnahmt werden. Dies steht weder in Einklang mit den europäischen Verträgen noch wird es dem Eigenwert von Bildung gerecht.

- Wi 37. Der Bundesrat weist nochmals - siehe Ziffer 15 - darauf hin, dass mehr Beschäftigung und höhere Wettbewerbsfähigkeit dann ermöglicht werden, wenn Einstiegsbarrieren in Beschäftigung niedrig sind und ausreichend Anpassungsflexibilität gewährleistet ist. In Kapitel I Nummer 2 sollten daher flexible Beschäftigungsformen nicht pauschal mit einer "Prekarisierung" in Zusammenhang gebracht werden.
- AIS
K
Wi 38. Mit Blick auf eine mögliche rechtliche Verankerung der sogenannten EU-Jugendgarantie unter Kapitel I Nummer 4 des Entwurfs einer europäischen Säule sozialer Rechte weist der Bundesrat auf Folgendes hin: Der Bundesrat befürwortet grundsätzlich eine Garantie eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes für alle Menschen unter 25 Jahren, allerdings nicht im Sinne einer staatlichen Garantie, sondern als eine Summe von Angeboten aller Akteure in der beruflichen Bildung (Wirtschaft, Arbeitsverwaltung und Staat). Denn der Erfolg der Suche nach Ausbildungs- oder Arbeitsplätzen ist auch von den betreffenden Personen selbst abhängig und kann nicht von der öffentlichen Hand und der Wirtschaft garantiert werden. Der Bundesrat lehnt daher eine Garantie im Sinne einer rechtlichen Verpflichtung der für die Eingliederung in Arbeit zuständigen Stellen (Jobcenter) ab. [Er betont die Notwendigkeit guter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten als Voraussetzung für das Entstehen von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.]
- [AIS
Wi] K 39. Die Bindung an eine Frist von vier Monaten unter Ziffer 4 Buchstabe a erkennt zudem, dass betriebliche Ausbildungen an Regelungen, wie Ausbildungsordnungen, gebunden sind. Der Bundesrat weist darauf hin, dass ein unterjähriger Ausbildungsbeginn, den die Viermonatsfrist zur Folge haben könnte, zu Schwierigkeiten führen kann, da die früheren betrieblichen Ausbildungsinhalte nicht erlernt wurden.
- Wi 40. Der Bundesrat bittet, bei der Erarbeitung von konkreten Empfehlungen die nationalen Zuständigkeiten zu beachten. So obliegt es den Mitgliedstaaten, über die Bezahlung von Elternurlaub zu entscheiden (Kapitel I Nummer 5).

- AIS
Wi
41. Nach dem Entwurf der Kommission sollen Mindestlöhne und -gehälter mit einem transparenten und vorhersehbaren Mechanismus in einer Weise festgelegt werden, die den Zugang zu Beschäftigung und die Motivation, sich Arbeit zu suchen, gewährleistet. Entsprechend der Kompetenzverteilung in den Verträgen verbleibt die Festlegung von Mindestlöhnen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Unabhängig davon ist die Lohnfindung Angelegenheit der Tarifpartner, die sich dabei regelmäßig auch an der Produktivität orientiert (siehe zuletzt auch die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. Januar 2016, BR-Drucksache 503/15 (Beschluss)).
- Wi
(bei
Annahme
entfällt
Ziffer 43)
42. Der Bundesrat anerkennt die Herausforderungen des Arbeitsschutzes als wichtiges Anliegen (Kapitel II Nummer 9). Er betont allerdings auch, dass ein Schutz nicht "vor allen potenziellen Risiken am Arbeitsplatz" gewährleistet werden kann. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass kleine und mittlere Unternehmen in diesem Bereich nicht unverhältnismäßig belastet werden. Die derzeit bestehenden Regelungen sind ausreichend, eine Ausweitung bestehender Regelungen wird nicht befürwortet.
- EU
43. Der Bundesrat sieht die Notwendigkeit, die Umsetzung von Arbeitsschutzvorschriften in Klein- und Mittelbetrieben besonders zu fördern, um auch dort Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit angemessen Rechnung zu tragen. Der Bundesrat weist auch darauf hin, dass Probleme beim Geltungsbereich von Arbeitsschutzvorschriften zwar grundsätzlich prognostiziert werden, als Abhilfe indes nur eine wenig spezifische Ausweitung des Geltungsbereichs der aktuellen Regelungen gefordert wird. Die Feststellungen und Forderungen bleiben somit bereits hinter der "Mitteilung der Kommission über einen strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014 bis 2020" (COM(2014) 332 final) zurück, welche die im Entwurf einer europäischen Säule sozialer Rechte angedachten Maßnahmen in weit umfassenderer Breite und Tiefe beschreibt. Der Bundesrat fordert in diesem Zusammenhang die Kommission auf, im weiteren Verfahren mögliche Probleme spezifisch zu benennen und eine Ausweitung des Geltungsbereichs der aktuellen Arbeitsschutzvorschriften als mögliche Abhilfe konkret zu beschreiben. Diesbezüglich muss ein hohes Schutzniveau für alle Beschäftigten sichergestellt werden.

- AIS 44. Der Bundesrat stellt fest, dass insbesondere betriebliches Gesundheitsmanagement und betriebliche Gesundheitsvorsorge beziehungsweise der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit Älterer nicht expliziert erwähnt sind. Der Bundesrat fordert, dass Ziele und Maßnahmen hinsichtlich der Verhaltens- und Verhältnisprävention in Kapitel II Nummer 9 des Entwurfs einer europäischen Säule sozialer Rechte konkretisiert werden.
- AIS
Wi 45. Der Bundesrat hat bereits bei der Richtlinie 2014/50/EU über Mindestvorschriften zur Erhöhung der Mobilität von Arbeitnehmern zwischen den Mitgliedstaaten durch Verbesserung des Erwerbs und der Wahrung von Zusatzrentenansprüchen darauf hingewiesen, dass bei Sozialleistungsansprüchen sowohl den Interessen der Unternehmen in Bezug auf Mitarbeiterbindung als auch denen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bezug auf Flexibilität und Portabilität erworbener Ansprüche Rechnung zu tragen ist (vergleiche die Stellungnahme des Bundesrates vom 10. Februar 2006, BR-Drucksache 784/05 (Beschluss)).
- Wi 46. Ansprüche auf Fortbildung sollten konkreten Vereinbarungen der Tarifvertragsparteien überlassen bleiben.
- AIS 47. Der Bundesrat fordert zudem besonders, dass die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes einschließlich der Beamtenversorgung berücksichtigt und die Rechtsetzungskompetenzen der Mitgliedstaaten uneingeschränkt und dauerhaft erhalten bleiben. Der unter Kapitel I Nummer 3 Buchstabe b des Entwurfs einer europäischen Säule sozialer Rechte aufgestellte Grundsatz sollte daher so gefasst werden, dass zum Ausdruck gebracht wird, dass die Wahrung und Portabilität der im Laufe des Berufslebens erworbenen Sozialleistungsansprüche gewährleistet werden soll, um einen Arbeitsplatzwechsel sowie Berufsübergänge zu erleichtern. Im Bereich des öffentlichen Dienstes ist dem Interesse an der Funktions- und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung dabei gleichermaßen Rechnung zu tragen.

- Wi 48. Der Bundesrat weist zu Kapitel III Nummer 13 darauf hin, dass im Hinblick auf ein geschlechterbedingtes Vorsorgegefälle dem Aspekt der Erhöhung der Beschäftigungsrate von Frauen eine besondere Bedeutung zukommt. Dies sollte verdeutlicht werden.
- AIS 49. Der Bundesrat teilt die Auffassung der Kommission, dass die Vorsorgesysteme so gestaltet werden müssen, dass sowohl ihre finanzielle Tragfähigkeit als auch die Angemessenheit ihrer Leistungen auch zukünftig sichergestellt sind (Kapitel III Nummer 13 Buchstabe b des Entwurfs einer europäischen Säule sozialer Rechte). Der Bundesrat wendet sich allerdings gegen die Vorgabe eines Automatismus zwischen Renteneintrittsalter und Anstieg der Lebenserwartung. Es muss Sache der nationalen Politik bleiben, darüber zu entscheiden, inwieweit und in welcher Weise die Regelaltersgrenze 67 gegebenenfalls weiter entwickelt wird.
- AIS 50. Der Bundesrat empfiehlt vor dem Hintergrund ähnlicher sozialer Herausforderungen wie zum Beispiel der Modernisierung der Sozialen Sicherungssysteme, die Europäische Säule sozialer Rechte möglichst nicht nur in der Wirtschafts- und Währungsunion, sondern von Anfang an in der gesamten EU anzuwenden.
- EU 51. Der Bundesrat übermittelt diese Stellungnahme direkt an die Kommission.

B

52. Der Ausschuss für Frauen und Jugend,
der Finanzausschuss und
der Gesundheitsausschuss
empfehlen dem Bundesrat, von der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG Kenntnis zu nehmen.